

Gliederung

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXI
Einleitung und Gang der Darstellung	1
Erster Teil: Die Entwicklung der Laienbeteiligung an der Strafrechtpflege der SBZ/DDR	
1945 bis 1990	5
A. Ideologische Grundlagen der Mitwirkung von Laien an der Rechtpflege	5
I. Sozialistische Demokratie	5
II. Die Abhängigkeit der Mitwirkung von der Entwicklung des Staates	6
1. Die Entwicklungsphasen nach marxistisch-leninistischer Sicht	6
2. Die Entwicklungsphasen der SBZ/DDR	7
B. Die Phase der "antifaschistisch-demokratischen Umwälzung" von 1945 bis 1952	8
I. Recht als Mittel des Klassenkampfs	8
1. Demokratische/Sozialistische Gesetzlichkeit	9
2. Aufgabe der Gerichte	10
3. Anwendung des Rechts der Weimarer Zeit	11
4. Umdeutung des weitergeltenden Rechts	11
5. Neudefinition der richterlichen Unabhängigkeit	12
II. Der Umbau des Gerichtswesens	13
1. Säuberung der Justiz in der SBZ nach 1945	13
2. Demokratisierung der Justiz	14
a. "Demokratisierung" der Richterschaft	15
b. "Demokratisierung" der Schöffen	16
aa. Wiedereinführung der Schöffen 1945	16
bb. Neue Form der Auswahl	16
cc. Rückgriff auf die Gerichtsorganisation der Weimarer Republik	17
dd. Beginnender Ausbau der Schöffentätigkeit	18
(1) Erste Ansätze einer mehrheitlichen Besetzung	19
(2) Zunehmender Einfluß der Schöffen	19
C. Die Phase des planmäßigen Aufbaus des Sozialismus 1952 bis 1962	20
I. Die Justizreform	21
1. Neuregelung des Gerichtsverfassungsrechts	21
a. Neue Gerichtsorganisation	22
b. Festlegung der Aufgaben des Gerichts	22
c. Die besondere Bedeutung der Kreisgerichte	23
2. Neuregelung des Strafverfahrensrechts	24
a. "Sozialistische Gesetzlichkeit" als Verfahrensgrundsatz	25
b. Praktische Handhabung der sozialistischen Gesetzlichkeit im Strafverfahren	26
II. Die weitere Stufe der "Demokratisierung"	27
1. Politische Auslese der Richter	27
2. Anerkennung und Ende der Volksrichterausbildung	28
3. Das neue Bild des Schöffen in der DDR	29
a. Umfassende Einbeziehung der Schöffen in erster Instanz	29
b. Mehrheitliche Besetzung	30

c. Neue Aufgaben, Status und Rechte der Schöffen	30
d. Die Wahl der Schöffen durch das Volk	31
III. Weitere Entwicklung des Strafverfahrens	32
1. Stalinismus und materieller Verbrechensbegriff	32
2. Der neue Kurs	33
a. Ansätze einer Freund/Feind Differenzierung	33
b. Weitere Depönalisierung	34
c. Erweiterung der Befugnisse der Schöffen durch das StEG	35
d. Verlagerung von Bagatelldelikten auf Konfliktkommissionen und Sühnestellen	35
D. Die Phase des umfassenden Aufbaus des Sozialismus 1962 bis 1989	36
I. Wandlung des Rechtsverständnisses	37
1. Recht als Gestaltungselement gesellschaftlicher Entwicklung	37
2. Rückkehr zur Unterscheidung zwischen Verbrechen und Vergehen	37
3. Wandlung des Verständnisses der sozialistischen Gesetzlichkeit	39
4. Die Erziehung von Täter und Gesellschaft	39
a. Der Erziehungsgedanke	40
b. Die Erziehung des Straftäters	41
c. Die Erziehung der Gesellschaft	42
d. Erziehung im "Kollektiv"	42
aa. Begriff des Kollektivs	43
bb. Die Priorität des Arbeitskollektivs	44
5. Das Problem der Kriminalität	45
II. Neue Aufgaben des Strafverfahrens und der Rechtspflegeorgane	47
1. Gesellschaftspolitische Analyse	47
2. Ursachenbeseitigung und Mobilisierung	48
3. Notwendigkeit der Mitwirkung von Bürgern im Strafverfahren	49
III. Umfassende Einbeziehung der Bürger in die Strafrechtspflege	50
1. Der Rechtspflegeerlaß	51
a. Konfliktkommissionen und Schiedskommissionen	52
b. Mitwirkung der Kollektive im Strafverfahren	52
aa. Verpflichtung der Staatsanwaltschaft zur Einbeziehung der Kollektive	53
bb. Aufgaben der Kollektive im Strafverfahren	53
cc. Einbeziehung der Kollektive über das Strafverfahren hinaus ..	55
dd. Differenzierte Mitwirkung	56
2. Erweiterung der Schöffentätigkeit auf die neuen Ziele	57
IV. Die weitere Entwicklung der Mitwirkung	58
1. Neufassung des Strafverfahrensrechts 1968	58
a. Normierung der Mitwirkung der gesellschaftlichen Kräfte	59
b. Konkretisierung der Voraussetzungen für die Kollektivbeteiligung ..	59
2. Neufassung des StGB	60
3. Einschränkung der Mitwirkung 1974	61
a. Erfordernis der Rationalisierung	62
b. Differenziertere Mitwirkung	63
c. Beschleunigungsmaßnahmen	64

4. Verlagerung der Tätigkeit gesellschaftlicher Kräfte auf Strafvollstreckung und Strafenverwirklichung	66
5. Geplante Änderungen des Strafverfahrensrechts in den achtziger Jahren	67
a. Veränderte Sichtweisen	67
b. Geringe Auswirkungen auf die Laienmitwirkung	68
c. Abschaffung der umfassenden Laienmitwirkung	68
E. Bewährte Laienmitwirkung ?	69
Zweiter Teil: Die verschiedenen Mitwirkungsformen	71
A. Volksrichter und Volksstaatsanwälte	71
I. Erste Bedarfsdeckung durch "Richter im Soforteinsatz"	71
II. Das Erfordernis der Ausbildung von Volksrichtern und Volksstaatsanwälten	73
1. Fehlender akademischer Nachwuchs	73
2. Mangelnde politische Einstellung der verbliebenen Richter	74
III. Die ersten Volksrichterlehrgänge 1946	74
1. Großzügige Auswahlkriterien	75
2. Kurzausbildung	76
a. Inhalt des Unterrichts	77
b. Unterrichtsmaterial und Lehrpersonal	77
3. Abschluß	78
IV. Sofortiger Einsatz in der Praxis	79
1. Technische Mängel	80
2. Statusproblem	81
V. Ausbildungsreform 1947	82
1. Verbesserung der Auswahl	82
2. Verlängerung auf 1 Jahr und Einführung von "Rechtssoziologie"	83
3. Neues Lehrmaterial	84
VI. Ideologische Weiterbildung der Volksrichter	84
VII. Zunehmende Ideologisierung der Ausbildung ab 1949	86
1. Verbesserung der sozialen Struktur der Teilnehmerschaft	87
2. Vorbereitungunterricht und Vorpraxis	88
3. Intensivierung des politischen Unterrichts	88
4. Pflichtarbeitsgemeinschaften	89
5. Bessere Vorbereitung auf die Praxis	90
6. Höhere Prüfungsanforderungen	90
VIII. Die Einführung der Zwei-Jahreslehrgänge 1950	91
1. Weiterführung der Einjahreslehrgänge	92
2. Parteipolitische Tätigkeit als Aufnahmeveraussetzung	92
3. Die Erziehung zum demokratischen Richter	92
a. Allumfassende Gesellschaftskunde	94
b. Erziehung zur Einhaltung der "demokratischen Gesetzlichkeit"	94
4. Etablierung der Richterschule neben der Universität	95
5. Angleichung des Universitätsstudiums an das Konzept der Richterschule	96
IX. Intensivierung der ideologischen Fortbildung der Volksrichter	96
X. Das Wunschbild des politischen Richters am Beispiel der Waldheimer Verfahren	98
1. Steuerung durch die SED	99
2. Vorbereitung und Durchführung der Verfahren	100

a. Vorherige Schuldfeststellung	100
b. Nichteinhaltung der gesetzlichen Verfahrensregelungen	100
c. Zu geringe Strafen als Ausdruck ideologischer Schwäche	101
XI. Endgültige Politisierung der Aus- und Fortbildung	102
1. Rückkehr zur Hochschulausbildung für Richter	103
2. Akademischer Abschluß für alle Richter	103
XII. Abschied vom Laien als Richter	105
B. Die Schöffen	108
I. Grundsätzliche Aufgaben der Schöffen	108
1. Die "Hilfe" für den Richter	108
2. Rechtspropaganda und Rechtserziehung	109
II. Tätigkeitsbereich	110
III. Gleichstellung mit dem Berufsrichter	110
1. Mitwirkung am gesamten Strafverfahren	111
a. Eröffnung des Hauptverfahrens	111
b. Hauptverhandlung	112
c. Strafenverwirklichung	112
d. Beschränkungen der umfassenden Teilnahme	113
2. Zusammenhängende Einsatzzeit	114
a. Widerstand der Betriebe	115
b. Problem der Auslastung der Schöffen	116
c. Schöffenwechsel während des Verfahrens	117
IV. Die Wahl der Schöffen	119
1. Entwicklung und Probleme der Schöffenwahlen	119
a. Die ersten Wahlen nach dem neuen GVG im Jahre 1955	120
aa. Beweis für Demokratisierung und Gesetzlichkeit	120
bb. Propagandafunktion	121
cc. Das Wahlverfahren	122
(1) Organisation der Wahlen	122
(2) Kandidatauswahl	123
(a) Soziale Zusammensetzung	123
(b) Sicherung der Mitwirkung	124
(3) Prüfung der Vorschläge und Listenerstellung	124
(4) Termintschwierigkeiten	125
(5) Die Wahl der Schöffen	126
(a) Vorbereitung der Wahlversammlungen	126
(b) Popularisierung der Wahlen	127
(c) Ablauf der Wahlversammlungen	129
(aa) Vorstellung der Kandidaten	130
(bb) Die Wahl der Kandidaten	130
dd. Kritik und Fehlersuche des Justizministeriums	131
b. Verbesserung des Verfahrens bei den Wahlen des Jahres 1958	133
aa. Einrichtung des zentralen Wahlausschusses	133
bb. Verlängerte Vorbereitungszeit	134
cc. Verstärkte Einbeziehung der Volksvertretungen	134
dd. Bessere Vorbereitung und Überprüfung der Kandidaten	135
ee. Erneute Probleme	136

c. Weitere Verbesserung des Verfahrens bei den späteren Wahlen	137
aa. Anpassung des Wahltermins	137
(1) Verbindung mit den Richterwahlen	137
(2) Verbindung mit den Kommunalwahlen	138
bb. Geänderte Besetzung der Gremien	139
(1) Besetzung der Gremien für die Wahlen der Schöffen für die Bezirksgerichte	140
(2) Besetzung der Gremien für die Wahlen der Schöffen für die Kreisgerichte	141
2. Amtsdauer und Berichtspflicht	143
3. Formale Voraussetzungen für die Wahl in das Schöffennamt	144
a. Wählbarkeitsalter	144
b. Ausschließungsgründe	144
c. Befreiungstatbestände	145
4. "Persönlichkeitsstruktur" des Schöffen	146
a. Vorbildliches sozialistisches Bewußtsein	147
b. Gute Allgemeinbildung	148
5. Abberufungsgründe	148
V. Der Einsatz der Schöffen bei Gericht	149
1. Einweisung und Anleitung durch den Gerichtsdirektor	150
2. Die Mitwirkung der Schöffen an der Rechtsprechung	150
a. Abweichung von der Listenreihenfolge	150
b. Erweiterte Mitwirkungsbefugnisse im Strafverfahren.	152
aa. Vorausinformation	152
(1) Anleitung durch den Vorsitzenden	153
(2) Gemeinsame Vorbereitung der Hauptverhandlung	153
(a) Besprechung des Ermittlungsergebnisses	154
(b) Besprechung des Verhandlungsverlaufs	154
(c) Verschaffen von Sachkenntnis	154
(3) Voreingenommenheit der Schöffen	155
(4) Kontrollfunktion des Aktenstudiums	157
bb. Das Fragerecht	158
(1) Ausgestaltung des Fragerechts	158
(2) Unzureichende Ausübung	159
cc. Entscheidungsfindung	160
(1) Die Urteilsberatung	160
(2) Abstimmung und Möglichkeit des Sondervotums	161
dd. Das Absetzen des Urteils	162
3. Mitwirkung an der Tätigkeit der Gerichte außerhalb der Rechtsprechung	163
a. Bewährungskontrolle	163
b. Rechtsauskunft	165
4. Sonstige Aufgaben der Schöffen während der Einsatzzeit	165
a. Urteilstabelle	165
aa. Ablauf	166
bb. Zweck	166
b. Weitere Kontrollfunktion der Schöffen	168
5. Abschlußbesprechung	169

6. Entschädigung	170
VI. Aufgaben der Schöffen außerhalb des Einsatzes bei Gericht	170
1. Zusammenfassung von Schöffen im "Schöffenkollektiv"	171
2. Besondere Aufgaben von Schöffen und Schöffenkollektiven	172
a. Bewährungskontrolle im Kollektiv	172
b. Agitation und Rechtspropaganda	174
VII. Qualifizierung der Schöffen	176
1. Aufgaben der Schöffenschulung	176
2. Organisation	177
3. Inhalt der Schulung	178
4. Ablauf	179
5. Die Bildung von Schöffenaktivien	181
a. Aufgaben	181
b. Arbeitsgruppen	182
aa. Bewertung der Rechtsprechung	182
bb. Schöffenschulung	183
cc. Politische Massenarbeit	183
dd. Zusammenarbeit mit der Presse	184
VIII. Schöffen und Justizkontrolle	184
C. Die Mitwirkung der Kollektive	186
1. Die Tätigkeit des Kollektivs im Ermittlungsverfahren	186
1. Mitteilungspflicht an die Betriebsleitung	186
2. Ersuchen um Mitwirkung eines Kollektivs	187
a. Ausschlußgründe	188
b. Hauptsächliche Ausschlußgründe in der Praxis	189
c. Ersuchen an weitere Kollektive	192
d. Mitwirkung der Kollektive aus eigenem Antrieb	193
3. Die Kollektivberatung	194
a. Teilnahme der Ermittlungsorgane	194
b. Anwesenheitsrecht des Angeklagten	196
c. Inhalt der Beratung	197
d. Protokollpflicht	198
4. Kollektive Beurteilung	199
a. Arbeitsleistung	200
b. Charakterliche Eigenschaften	201
c. Politische und gesellschaftliche Einstellung	202
d. Inhalt der Beurteilungen anderer Kollektive	203
5. Beauftragung eines Kollektivvertreters	203
a. Anforderungen an die Person	204
b. Verzicht auf die Beauftragung	204
c. Beauftragung in der Praxis	205
6. Beauftragung eines gesellschaftlichen Anklägers oder Verteidigers	207
a. Zur Beauftragung Berechtigte außerhalb des unmittelbaren Kollektivs	207
b. Erfordernis für die Beauftragung	208
aa. Voraussetzungen der Beauftragung des gesellschaftlichen Anklägers	209

bb. Voraussetzungen der Beauftragung des gesellschaftlichen Verteidigers	209
c. Einfluß der Staatsanwaltschaft auf die Auswahl	210
d. Seltene Beteiligung	211
7. Übernahme einer Bürgschaft	212
8. Kollektivberatung und Präsumtion der Unschuld	214
9. Kontrolle der Kollektive	216
II. Mitwirkung des Kollektivvertreters im Strafverfahren	216
1. Teilnahmepflicht und Unmittelbarkeitsfordernis	217
2. Die Stellung des Kollektivvertreters	218
a. Eingeschränkte Wahrheitspflicht	218
b. Neue Gesichtspunkte in der Hauptverhandlung	219
3. Die Stellungnahme des Kollektivvertreters	219
a. Einfluß auf die Strafzumessung	220
b. Ausführungen des Kollektivvertreters als Beweismittel	221
c. Kollektivvertreter als Zeuge	222
4. Rechenschaftspflicht	223
5. Mitwirkung des Kollektivvertreters in zweiter Instanz	224
III. Mitwirkung gesellschaftlicher Ankläger und Verteidiger in der Hauptverhandlung	225
1. Antrag auf Zulassung	225
a. Prüfungspflicht und Entscheidung des Gerichts	225
b. Kein Beschwerderecht	226
2. Stellung gesellschaftlicher Ankläger und Verteidiger	227
a. Vorbereitung der Hauptverhandlung	227
b. Nichterscheinen	228
c. Mitwirkungsrechte in der Hauptverhandlung	229
d. Rücktrittsrecht bei wesentlicher Änderung der Sachlage	229
3. Die Stellungnahme	230
a. Schlußvortrag des gesellschaftlichen Anklägers	231
b. Schlußvortrag des gesellschaftlichen Verteidigers	232
c. Keine Beweiskraft der Ausführungen	233
4. Berichterstattung im Kollektiv	234
5. Mitwirkung gesellschaftlicher Ankläger und Verteidiger in zweiter Instanz	235
6. Das Problem der Abgrenzung zum Kollektivvertreter	235
IV. Die Bürgschaft	237
1. Möglichkeit der Einzelbürgschaft	238
2. Form der Bürgschaftserklärung	238
3. Inhalt der Bürgschaftserklärung	239
4. Entscheidung des Gerichts	241
5. Kontrolle der Bürgschaftsverpflichtungen	243
6. Disziplinarische Möglichkeiten des Kollektivs	243
a. Verwarnung	244
b. Widerruf der Bewährung	244
c. Keine Rechtsfolgen für das Kollektiv	245
7. Beendung der Bürgschaft	246
8. Wirksamkeit der Bürgschaft in der Praxis	246
V. Kollektivmitwirkung und Volkskontrolle	248

D. Bewährte Laienmitwirkung	250
Dritter Teil: Erhebung zur Kollektivmitwirkung	
A. Erhebungsgrundlagen	253
I. Angeklagte Delikte	253
II. Erhebung zur Kollektivmitwirkung	255
B. Statistiken	256
I. Verfahren mit politischem Hintergrund, Bezirk Dresden	256
1. Verfahren insgesamt	256
a. Kreisgerichte im Bezirk Dresden	256
b. Bezirksgericht Dresden	256
2. Angeklagte Delikte	257
a. Kreisgerichte im Bezirk Dresden	257
b. Bezirksgericht Dresden	257
3. Mitwirkung der Kollektive	258
a. Kreisgerichte Bezirk Dresden	258
aa. Gremium, durch das KV, GA entsandt wurden	258
bb. Mitwirkung aufgrund "echter" Kollektivberatung	258
b. Bezirksgericht Dresden	259
aa. Gremium, durch das KV, GA entsandt wurden	259
bb. Mitwirkung aufgrund "echter" Kollektivberatung	259
4. Beurteilungen und Beratungen	260
a. Kreisgerichte	260
b. Bezirksgericht Dresden	260
5. Inhalt der Beurteilungen	260
a. Kreisgerichte	260
b. Bezirksgericht Dresden	261
II. Verfahren ohne politischen Hintergrund	262
1. Verfahren insgesamt	262
a. Kreisgerichte im Bezirk Dresden	262
b. Bezirksgericht Dresden	262
2. Angeklagte Delikte	263
a. Kreisgerichte im Bezirk Dresden	263
b. Bezirksgericht Dresden	263
3. Mitwirkung insgesamt	264
a. Kreisgerichte im Bezirk Dresden	264
aa. Gremien, die KV entsandten	264
bb. Gremien, die GA entsandten	264
cc. Mitwirkung aufgrund "echter" Kollektivberatung	264
b. Bezirksgericht Dresden	265
aa. Gremien, die KV entsandten	265
bb. Gremien, die GA entsandten	265
cc. Mitwirkung aufgrund "echter" Kollektivberatung	265
4. Kollektivberatungen und Beurteilungen	266
a. Kreisgerichte	266
b. Bezirksgericht Dresden	266
5. Inhalt der Beurteilungen	266

a. Kreisgerichte	266
b. Bezirksgericht Dresden	267
Anhang	269
I. KG Dresden West Az.: S 165/64	269
II. BG Dresden Az.: 1 BS 7 /65	293
III. BG Dresden Az.: 2 BS 10/66	315
IV. BG Dresden, Az.: 1 BS 11/68	331
V. KG Dresden Ost, Az.: S 146/71	339
VI. BG Dresden, Az.: 1 BS 12/75	355
VII. BG Dresden, Az.: 1 BS 20/83	371
VIII. KG Dresden Süd, Az.: 38 S 169/85	379